

1128 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5832 13
1993 -12- 16

A N F R A G E

der Abgeordneten Haller, Ing. Meischberger, Mag. Trattner, Mag. Praxmarer und Kollegen
an den Bundesminister für Unterricht und Kunst
betreffend Verein der Waldorfpädagogik Tirol

Der Verein der Waldorfpädagogik Tirol, der die Freie Waldorfschule Innsbruck, Jahnstraße 5, sowie die Waldorfkindergärten, Universitätsstraße 3, Zeughausgasse 4a und Schneeberggasse 24 in Innsbruck betreut, ist derzeit von großen finanziellen Schwierigkeiten betroffen. Aufgrund eines Defizits im letzten Schuljahr 1992/93 ist die Liquiditätssituation existentiell geworden. Vor allem die Bezahlung der Lehrergehälter von jeweils 450.000,-- monatlich bei Einnahmen von 310.000,-- monatlich ist ein für diese Institution derzeit unüberbrückbares Problem. Dazu kommt ein bereits bestehendes Defizit bzw. eine Schuldenlast von 850.000,-- bei einer Tiroler Bank. Der Verein für Waldorfpädagogik hat aus diesem Grund einen Maßnahmenplan ausgearbeitet, der sowohl Eigenleistungen dieser Institution als auch Subventionsansuchen an die öffentliche Hand umfaßt.

Die Eltern und die sonstigen Vereinsmitglieder erwirtschaften heute bereits durch außerschulische Aktivitäten rund 6 % (= 550.000,--) der Schulkosten pro Jahr. Darüber hinaus versucht der Verein durch Mitgliedsbeiträge und den Überschüssen aus der Kindergartenverwaltung einen Teil der Schulkosten abzudecken. Daneben ist aber eine "Überlebensmaßnahme" des Bundes notwendig. Als Richtgröße für eine solche "Überlebensmaßnahme" für diesen Bildungssektor wird vom Verein die Übernahme von ca. 20 % der Schüler-Jahreskosten öffentlicher Schulen (ca. 55.000,--) durch den Bund zugrundegelegt. In dieser Größenordnung liegt derzeit auch das jährliche Defizit der Waldorfschule pro Schüler.

Der Waldorfschule in Innsbruck ist nunmehr auch das Öffentlichkeitsrecht für den Pflichtschulbereich erteilt worden. Damit ist eine der wesentlichsten Forderungen des Subventionsgebers Bund erfüllt. Damit handelt es sich um eine staatlich voll anerkannte private Bildungseinrichtung, die im Sinne eines Ausbildungspluralismus förderungswürdig ist. Demgegenüber würde im Falle einer Schließung für den Staat durch die derzeit betreuten 203 Schüler zusätzlich 11 Millionen Schilling an Kosten anfallen. Die finanzielle Sicherstellung dieser Bildungsinstitution kommt der Republik jedenfalls billiger als ihre Schließung und die Betreuung der Kinder in staatlichen Bildungseinrichtungen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht und Kunst folgende

A n f r a g e :

1. Haben Sie bereits konkrete Verhandlungen mit dem Verein für Waldorfpädagogik in Innsbruck über finanzielle Zuschüsse durch den Bund geführt?
2. Welches konkrete Ergebnis haben diese Gespräche ergeben?
3. Welche Mittel haben Sie für den Verein der Waldorfpädagogik Tirol in Ihrem Budget für 1994 vorgesehen?
4. Besteht die Möglichkeit, durch Budgetumschichtungen im Bereich der Förderung des Privatschulsektors zusätzliche Mittel für diesen Verein vorzusehen?
5. Sind Sie in Verhandlungen mit den Gebietskörperschaften Stadt Innsbruck und Land Tirol getreten, um mit diesen ein Konzept für die Erhaltung dieses Bildungssektors in Tirol festzulegen?
6. Wenn nein, warum nicht?